

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

14. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (10. Dezbr.)

Der Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Die Tribüne ist spärlich besetzt; am Ministertisch Niemand. — Nach Erledigung der gewöhnlichen geschäftlichen Angelegenheiten proclamiert der Präsident das Resultat der Wahl der Commission zur Prüfung der Gesetzentwürfe, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Kriegs- und Marineverwaltung. Es sind gewählt die Abgeordneten Taddel, Müller (Anklam), Kreis, Stavenhagen, Köppl, v. Jordanbeck, v. Bunjen, Reichenheim, Meibauer, Dr. Löwe (Bodum), Sello, Voigtel, v. Sybel, Altmann, v. Valentin, Dr. Köpf, v. Carlowitz, v. Bodum-Dolffs, Dr. Bender, Behm, Twesten. Die Commission hat sich constituirt und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Dr. Löwe (Bodum), zu dessen Stellvertreter den Abg. v. Carlowitz, zum Schriftführer den Abg. Meibauer und zu dessen Stellvertreter den Abg. v. Bunjen gewählt. — Es wird hierauf zur Präsidentenwahl geschritten.

Es werden 280 Stimmzettel abgegeben, von denen 2 ungültig sind. Stimmen erhalten: Abg. Grabow 253, Abg. v. Brandenburg 25. Grabow ist somit für die Dauer der Session zum Präsidenten des Hauses wieder gewählt. Derselbe übernimmt das Präsidium mit folgenden Worten: „Meine Herren! In meiner so eben vollzogenen Wiederwahl erblicke ich den erneuten Beweis Ihres bewährten Vertrauens. Dadurch ermutigt, folge ich Ihrer mich in hohem Grade ehrenden Berufung zu dem hochwichtigen, aber unter den jetzigen innern und äußern Verhältnissen unsers Vaterlandes sehr schwierigen Amte eines Präsidenten dieses Hauses für die Dauer der gegenwärtigen Sessionperiode mit dem lebhaftesten Danke. Fortfahren werde ich, dasselbe nach eben den Grundfätzen zu verwalten, welche ich vor vier Wochen Ihnen angelobt habe und seitdem mit Ihrer gütigen und kräftigen Unterstützung nach allen meinen Kräften unablässig zu erfüllen bemüht gewesen bin. Wollen auch Sie, meine Herren, wie bisher, so auch ferner mit Ihrer wohlwollendsten Nachsicht in Erfüllung meiner schweren Pflicht mir zur Seite stehen; dies ist meine herzlichste Bitte beim Antritt meines mir von Ihnen definitiv übertragenen Amtes.“

Es folgt hierauf die Wahl des ersten Vicepräsidenten für die Dauer der Session. Während die Schriftführer mit Ermittlung des Resultates der Stimmenabgabe beschäftigt sind, erstattet Abg. Wachsmuth Namens der II. Abtheilung Bericht über die in einer früheren Sitzung beanstandete Wahl des Abg. v. Guttry im 7. posener Wahlbezirk. Der Minister des Innern hat durch Schreiben vom 6. Dezember einen ihm von der königl. Regierung zu Posen eingehenden Verhandlungsschein nebst einem brüßeler Telegramm mitgetheilt, in welchem Herr v. Guttry die auf ihn gefallene Wahl in den Kreisen Schrimm, Schroda und Breschen annimmt. Damit ist das Beanstandungsmoment gehoben und das Haus erklärt nunmehr die Wahl für gültig. Der Präsident beruft unter Zustimmung des Hauses die bisherigen Quästoren Parrissus (Brandenburg) und Niebold auch für die Dauer der Session wiederum zu ihrem Amte und läßt sich durch das Haus von der geschäftsmäßigen bereitwilligen Frist in Betreff zweier erst gestern veröffentlichter Budgetberichte (über den Etat der Eisenbahnverwaltung und den Etat des Ministeriums der landwirtschaftlichen Angelegenheiten) dispensiren.

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten sind 267 Zettel, darunter 2 weiße, abgegeben worden; erhalten haben Stimmen: Hr. v. Unruh 213, Reichenberger 48, v. Bodum-Dolffs 2, v. Jordanbeck und Olberg je eine Stimme. — Hr. v. Unruh ist somit für die Dauer der Session zum ersten Vicepräsidenten gewählt; derselbe erklärt, er nehme die Wahl dankend an und werde sich bemühen, das Vertrauen des Hauses zu rechtfertigen.

Es erfolgt die Wahl des zweiten Vicepräsidenten. Von 268 gültig abgegebenen Stimmen haben erhalten: v. Bodum-Dolffs 220, Reichenberger 21, v. Denzin 26, und Olberg 1 Stimme. — Hr. v. Bodum-Dolffs ist somit zum zweiten Vicepräsidenten für die Dauer der Session gewählt; derselbe nimmt die Wahl als einen erneuten Beweis des Vertrauens der Mehrheit des Hauses an. Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. A. D.: die beiden Interpellationen der Abgg. Waldeck u. Bellier de Lannay, die Berichte der Budgetcommission über die Etatsübersichtungen der Jahre 1859, 1860 u. 61, über den Etat der Eisenbahnverwaltung und den Etat des Ministeriums der landwirtschaftl. Angelegenheiten.

5. Sitzung des Herrenhauses (10. Dezember).

Die Tribüne spärlich besetzt; im Hause etwa 40 Mitglieder anwesend. Die Sitzung war wider Erwartung schon heute anberaumt worden, um dem Grafen v. Arnim-Boymenburg Gelegenheit zu geben zur Einbringung eines Antrages in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage; doch war es bereits bekannt geworden, daß diese Absicht bis auf Weiteres vertagt sei. (S. u.)

Die Sitzung wird kurz vor 12 1/2 Uhr vom Präsidenten Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet. Die Spitze der geschäftlichen Mittheilungen, welche als Nr. 1 der Tages-Ordnung bezeichnet sind, bildet eine lange Reihe von Entschuldigungsschreiben, zumeist gleich „für die Dauer der Session“. Es folgt die Vorlesung der allerhöchsten Cabinetsordre, durch welche die (bereits bekannten) Berufungen neuer Mitglieder stattgefunden haben; ferner die Vorlesung zweier Schreiben des Präsidenten des Hauses der Abgeordneten, in welchen der Beschluß des letzteren Hauses in Betreff der Preisverordnung vom 1. Juni und die gestern erfolgte Wahl dreier neuer Mitglieder der Staatsschulden-Commission mitgetheilt wird. Auch sind die allgemeinen Rechnungen der Jahre 1859, 60 und 61 eingegeben.

Vom Regierungs-Präsidenten v. Kamph ist dem Hause eine Anzahl Exemplare der Schrift „Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten im Regierungsbezirk Königsberg nach amtlichen Quellen“ zugegangen, welche an die Mitglieder verteilt werden werden. — Die am 26. Nov. zu Breslau abgehaltene Versammlung von conservativen Männern Schlesiens hat eine Dank- und Zustimmungsschreiben an das Haus gerichtet, die im Bureau zur Einlage ausgelegt ist. — Die seit der letzten Sitzung vollzogenen Wahlen zur Commission für Handel und Gewerbe und zur Budget-Commission werden mitgetheilt; statt des Freiherrn v. Odershausen, welcher abgelehnt hat, ist das neu ernannte Mitglied v. Kröcher in diese Commission gewählt worden. — Durch Eintritt angemeldet und in der heutigen Sitzung erschienen sind von den neu ernannten Mitgliedern: v. Caprivi, v. Lecoq, Prof. Dr. Leo und v. Kröcher; der Präsident heißt dieselben im Namen des Hauses willkommen und leistet Herr von Lecoq darauf den vorgeschriebenen Vereidungseid.

Der Präsident erstattet nunmehr Bericht über die am 19. vorigen Monats beschlossene Adresse an Se. Majestät den König: „Durch Se. Excellenz den Präsidenten des Staatsministeriums Hrn. v. Bismarck, dessen Vermittelung ich nachgesucht, benachrichtigt, daß Se. Majestät der König geruhen wollten, das dem Hause mit Ueberreichung der Adresse beauftragte Präsidium am 20. Mittags in Allerhöchstem Palais zu empfangen, haben wir Se. Majestät die Adresse des Hauses überreicht. Se. Majestät äußerte dabei, daß Er das Präsidium beauftrage, dem Hause Seinen Dank auszusprechen, weil es Ihm eine wahre Genugthuung gewährt habe, aus dieser Adresse und den Verhandlungen zu sehen, daß das Haus mit den Anträgen und den Schritten, welche die Staatsregierung gethan, sich einverstanden erklärt habe.“

Als zweiter Gegenstand der A. D. ist die Wahl eines Mitgliedes zur Staatsschulden-Commission (an Stelle des verstorbenen Freiherrn v. Buddenbrock) die beiden anderen Mitglieder sind Graf Arnim und Herr v. Nabe bezeichnet. Auf Bitte des Hrn. v. Zander, die Wahl bis zur nächsten Sitzung zu verlegen, indem er hoffe, daß alsdann das Haus zahlreicher besetzt sein werde (dasselbe ist nämlich, wie der Namensaufruf ergibt, nicht beschlußfähig), wird diese Wahl jedoch vertagt. Der Präsident bemerkt darauf, daß, wie man äußerlich vernommen, im andern Hause verschiedene Vorlagen gemacht worden seien, namentlich eine Vorlage, die, wenn sie in dieses Haus komme, der Finanzcommission zu überweisen sein möchte; er glaube, es liege im Interesse des Hauses, in diese Finanzcommission schon heute in jeder Abtheilung drei Mitglieder zu wählen. — Das Haus stimmt dem bei, und werden die Mitglieder sofort nach der Sitzung in den Abtheilungen zusammenzutreten.

Schluß der Sitzung kurz vor 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: unbestimmt.

Berlin, 10. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Steuer-Inspector Prigge zu Magdeburg

den Charakter als Steuer-Rath; und dem praktischen Arzte u. Dr. Bege sen. in Wisnau den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen. Dem Instituts-Gärtner Hannemann an der landwirthschaftlichen Akademie zu Breslau ist der Titel Garten-Inspector verliehen worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Director des Telegraphenwesens, Oberst-Lieut. Chaubin, zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen königl. Hoheit ihm verliehenen Comthurkreuzes zweiter Klasse des Hausordens vom weißen Falken, und dem Stallmeister Sr. königl. Hoheit des Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen, Ludwig Ferdinand Krausnick zu Düsseldorf, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein königl. Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes zweiter Klasse vom Verdienst-Orden Philipps des Großmüthigen, die Erlaubniß zu ertheilen.

Berlin, 10. Dez. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge des Kriegsministers und des Militär-Cabinetts entgegen, empfingen Se. königl. Hoheit den Prinzen August von Württemberg, den Herzog von Ratibor und einige militärische Meldungen. Zum Diner werden sich die königlichen Majestäten nach Charlottenburg zu Ihrer Majestät der Königin-Wittve begeben.

[Ihre Majestät die Königin] empfing gestern den Besuch Ihrer Maj. der Königin-Wittve. — Heute besichtigte Ihre Majestät die neue Börse, woselbst Allerhöchstdieselben von den Aeltesten der Kaufmannschaft empfangen und geleitet wurden und sich über den großartigen Eindruck des Bauwerks sehr anerkennend auszusprechen geruhten. (St.-Anz.)

[Staatsschulden-Commission.] Am Schluß der gestrigen Sitzung ist noch das Resultat der engern Wahl zwischen den Abgeordneten Frech und Michaelis proclamiert (von 220 gültigen Stimmen erhielt Abgeordneter Michaelis 119, Frech 101) und der Abgeordnete Michaelis darauf als drittes Mitglied der Staatsschulden-Commission auf seinen Vereidungseid verpflichtet worden.

[Die Ansprüche an den europäischen Geldmarkt] lassen sich einigermaßen übersehen, wenn man die Geldforderungen, mit denen die einzelnen Staaten auftreten, zusammenstellt: Ausland will 50, oder wenn möglich 200 Millionen Rubel, Oesterreich 100 Millionen Gulden, Frankreich 300 Millionen Francs, Spanien 300 Millionen Realen, Italien will den Rest der früher contrahirten Anleihe mit 200 Millionen Francs ausgeben, Schweden braucht 33 Millionen Rikdaler, Dänemark 10 Millionen Thaler, Preußen 12 Millionen Thaler, Griechenland 1 bis 2 Millionen Thaler; außerdem werden noch die kleinen deutschen Staaten größtentheils Geld zu den Rüstungen haben müssen, wie denn auch schon der Herzog von Augustenburg mit einer Anleihe am Markt ist. In America braucht der Norden bekanntlich fortwährend ungeheure Summen, Mexico braucht sehr viel Geld und aus Südamerika sind Agenten in London, um wegen Staatsanleihen zu verhandeln. Auf die europäischen Staaten kommen demnach mindestens 300 Mill. Thlr. neue Anleihen.

[Die Zurückziehung des vom Grafen Arnim-Boymenburg beabsichtigten Antrages in der schleswig-holsteinischen Sache] erregt in den parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen. Die Erklärung der „N. Br. Ztg.“, die Zurücknahme sei erfolgt, weil das Herrenhaus demnach bei Beratung der Anleihe-Vorlage sich auszusprechen könne, wird für nicht ausreichend erachtet, und nach den von verlässlicher Seite verbürgten Mittheilungen über den Verlauf der Sache muß dieselbe sogar als eine Verhinderung des wirklichen Thatbestandes gelten. Der Arnim'sche Antrag ist, wie mit Gewißheit anzunehmen, auf ausdrücklichen Wunsch des Ministeriums zurückgezogen worden. Der Antrag war bereits formulirt und einigen Fractionen des Herrenhauses abschließlich mitgetheilt; nach einer Version wäre er sogar schon definitiv festgelegt, unterschrieben und druckfertig gewesen; als Antragsteller soll auch Herr Brüggemann mitunterzeichnet haben; auch Graf Rittberg, heißt es, hätte unterschrieben. Der Inhalt selbst wird übereinstimmend dahin angegeben: das Herrenhaus sollte erklären, es erkenne zwar den Grundatz als richtig an, daß an völlerrechtlichen Verträgen möglichst festzuhalten sei, aber Preußen sei rechtlich und moralisch befugt, den londoner Vertrag so lange nicht anzuerkennen, als Dänemark die Voraussetzungen, unter denen derselbe geschlossen, nicht seinerseits erfülle, ja sogar durch Aufrechterhaltung der neuen Verfassung für Dänemark-Schleswig die dem Vertrage zu Grunde liegenden Verabredungen verlege; unter solchen Umständen habe Preußen durchaus freie Wahl, ob es die Erfüllung des Vertrages von Seiten Dänemarks fordern oder aber dem londoner Vertrage zurücktreten wolle. Die Entscheidung darüber sollte das Haus der sorgsamsten Prüfung der Regierung und der Entschließung des Königs anheimstellen.

So weit die Substanz des Arnim'schen Antrages. Es ist klar, daß der Standpunkt desselben von dem des Ministerpräsidenten sich unterscheidet. Zwar die rechtmäßige Erbfolge haben auch die Antragsteller nicht anerkennen wollen, aber die unrechtmäßige eben so wenig, weder direct noch indirect. Vielmehr neigte sich der Antrag indirect der Augustenburger Erbfolge zu. Indem er den Rücktritt vom londoner Vertrage schon jetzt, also sofort, für Preußen als rechtlich und moralisch möglich bezeichnete, ging er einen Schritt über den Standpunkt des auswärtigen Ministers hinaus, welcher den londoner Vertrag erst dann nicht mehr anerkennen will, wenn Dänemark die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen wird. Nimmt man noch hinzu, daß nach den Ausführungen der offiziellen Presse, speciell des befonderen Organs des Hrn. v. Bismarck, die Eventualität des Rücktritts vom londoner Vertrage für Preußen erst dann eintreten solle, wenn Dänemark die neueste Verfassung ausführt — also erst eintreten soll mit dem 1. Januar 1864, da die Verfassung erst dann in Kraft träte, so verschärft sich jener Unterschied noch bedeutend. In dem Rücktritt oder Nichtrücktritt vom londoner Vertrage liegt aber der Kern der ganzen Sache. Es begreift sich daher, daß das Ministerium sich bemüht haben soll, den Arnim'schen Antrag zurückzuhalten; denn offenbar würde es dem Hause der Abgeordneten gegenüber mit der Forderung von Mitteln für seine neulich dargelegte Politik in eine noch schlechtere Lage — wenn das möglich wäre — gekommen sein, wenn vorher bereits durch einen Beschluß des Herrenhauses constatirt wäre, daß die Politik des Ministeriums in der schleswig-holsteinischen Sache sogar hinter der des Herrenhauses zurückbleibe.

Aus dem sonstigen Inhalt des Arnim'schen Antrages ist zu beachten die seine Grenzlinie, welche derselbe zwischen der Prüfung des Staatsministeriums und der Entschließung des Königs zog. Ob darin ein Symptom zu finden ist, daß in dieser Sache keine volle Uebereinstimmung höheren Orts besteht, muß dahingestellt bleiben.

[Confiscation.] Die neueste Nummer der „Tribüne“ ist mit Beschlag belegt worden.

\* [Zur Aufklärung.] Die geheimnißvolle Person, welche der Abg. Altmann als geheimen Berichterstatter über die Fractionssitzungen bezeichnete, ist allem Anscheine nach der ehemalige Redacteur der reactionären „Kasbach-Zeitung“ in Plegnitz, der frühere Actuar und Commissionär Zander, in den Jahren 1848 u. s. w. entschiedener Demokrat.

[Als den rheinischen Regierungspräsidenten,] der zur Disposition gestellt werden soll, hört man den Präsidenten der königl. Regierung zu Trier, Herrn Sebaldt, bezeichnen. Derselbe hat sich in den Jahren 1848 und 1849 um die conservative Sache sehr verdient gemacht, scheint aber in neuester Zeit nicht alle Anordnungen der Regierung in dem Geiste ausgeführt zu haben, in dem sie gegeben wurden.

Deutschland.

In Sachen Schleswig-Holsteins.

München, 9. Dezbr. [Die Stellung Baierns.] Die „Bayerische Zeitung“ rechtfertigt die Abstimmung Baierns in der Bundestagsitzung vom 7. d. M. Der Schluß des betreffenden Artikels sagt: Eingedenk ihrer Bundespflichten wird nun die bayerische Regierung sich vom Vollzuge des formell gültigen Bundesbeschlusses nicht ferne halten, aber unausgesetzt auf die möglichste Wahrung aller Rechte

Bedacht nehmen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Betracht kommen, namentlich ihren bisherigen Standpunkt bei den Verhandlungen nicht verleugnen, welche nunmehr ohne Verzug wegen der Erbfolgefrage in den Herzogthümern gepflogen werden müssen.

Aus Thüringen, 8. Dez. [Zur Abkühlung.] Das weimari'sche Ministerium hat den Beschluß des Gemeinderaths, einen Vorschuß von 1,000 Thalern für die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu leisten, kassirt.

Hannover, 9. Dezbr. [Die Executionstruppen.] Heute Mittag hielt der König mit dem Kronprinzen Parade über die drei Bataillone ab, welche aus hiesiger Garnison auf der Bundesexecution Theil zu nehmen haben. Dieselben — Garde-Jäger, 3. Jäger- und 2. Bataillon des Leib-Infanterie-Regiments — beginnen morgen mit dem Ausmarsch, und wird von jetzt ab jeden Tag eine Abtheilung zur Eisenbahn weiter befördert. Vorerst rücken die Truppen an die Elbe vor. Der Durchmarsch preussischer Truppen ist für Anfang der nächsten Woche angesagt.

Lübeck, 8. Dez. [Bundestruppen als Einquartierung.] Heute war der Senat in außerordentlicher Sitzung versammelt, wie es hieß in Folge einer vom preussischen Kriegsministerium eingegangenen Depesche. Wie man nunmehr erfährt, ist die Ankunft und der Durchmarsch von 500 Mann preussischer Kavallerie angemeldet und der Senat hat die Einquartierung dieser in den nächsten Tagen eintreffenden Truppen in die Häuser des hiesigen Landbezirks genehmigt. Für die Eventualität einer längere Zeit dauernden Einquartierung von Bundestruppen im hiesigen Staatsgebiete würde übrigens der Senat in Anbetracht des § 53 der Verfassungsurkunde zuvor die Mitgenehmigung der Bürgerschaft einholen müssen. (S. N.)

Δ Δ Δ Von der Elbe, 9. Dezbr. [Dänische Truppenbewegungen. — Sächs. Quartiermacher. — Lauenburg hat Christian IX. noch nicht anerkannt.] Die Hauptbewegung der dänischen Truppen in Holstein läuft in der Richtung nach der lauenburgischen Grenze und nach mittelholfstein. Terrain, Neumünster-Segeberg. Heute verließ u. A. das 9. dänische Inf.-Bat. die Stadt Altona, indem dasselbe per Eisenbahn nordwärts nach dem Flecken Neumünster befördert wurde. Von diesem Punkte wird es sich alsdann in die an der Landstraße nach Segeberg liegenden Dorfschaften begeben, um vorläufig bei den dort im Bau begriffenen dänischen Schanzanlagen verwendet zu werden. Eine Räumung Altona's ist indeß noch nicht in's Werk gesetzt worden, vielmehr der dortige Commandant, Oberst Schaffenburg, bis auf diesen Augenblick ohne irgend welche maßgebende Instruction. — In Hamburg sind gestern sächsische Quartiermacher eingetroffen, welche berichten, daß der Ankunft der ersten sächs. Truppen entweder am Freitag oder am Sonnabend entgegenzusehen werden könne. — Wenn die „Hamb. Nachr.“ gestern berichteten, daß die lauenburgische Ritter- und Landschaft die Anerkennung des neuen Dänekönigs als Herzog von Lauenburg beschloß, so ist die entsprechende Notiz entschieden zu berichtigen. Es ist nämlich abgesehen der lauenburgischen Ritter- und Landschaft in der Thronfolgefrage bis jetzt kein Beschluß zu Stande gekommen, sondern die Angelegenheit bis zu einer von dem lauenburgischen Landmarschall Herrn v. Bülow anzuordnenden zweiten Zusammenkunft ausgesetzt worden. Der wirkliche Sachverhalt war folgender: Der frühere preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Bernstorff, welcher in der Eigenschaft eines lauenburgischen Gutbesizers in der lauenburgischen Ritterschaft Sitz und Stimme hat, beantragte für den Fall einer Beglückwünschung des Königs Christian IX. anlässlich seiner Thronbesteigung durch die Lauenburger, behufs des Eintritts eines Interimismus, eine Eingabe an den deutschen Bundestag zu erlassen, und diese Proposition war es, welche den Beschluß wegen einer zweiten Verhandlung zur Folge hatte. Dies ist Thatsache.

[Das schleswig-holsteinische Kriegsmaterial,] welches nach der Entwaffnung der schleswig-holsteinischen Armee durch Oesterreich und Preußen den Dänen überliefert wurde, betrug: 527 Festungsgeschütze, 118 Feldgeschütze, 54,810 Gewehre, Büchsen u. 42,660 Säbel, 5610 Str. Pulver, 144,220 Geschosse für Kanonen, 95,500 fertige Gewehrrohre, 10,000,000 Zündhütchen, 413,000 Stück große Montirung, 181,800 Stück Ledergürt, 17,900 Stück Ledergürt, 22,135 Stück kleine Montirung, 20,800 Stück Decken, 25,990 Ellen unverarbeitetes Tuch, Dazu die erforderlichen Fuhrwerke, Kaffeten, Gewehrrequisiten, Feuerwerksgegenstände, Lagergeräthschaften, Pferdebekleidung, Artillerie- und jede Art Rohmaterial; ferner 1 Schooner, 3 Dampfschiffe, 12 Kanonenboote mit 41 Geschützen.

Dänemark.

\* Kopenhagen, 8. Dez. [Armeebefehl. — Einberufung. — Hospitaler. — Die „Berlingske Tidende.“] Die Armeebefehle erscheinen nicht länger wöchentlich, sondern seit kurzer Zeit täglich. Heute bietet „die Rundmachung für die Armee“ insonderheit viele wichtige Daten. Zunächst beschränkt dieselbe die Ausdehnung des schleswigischen Generalcommando's zu Flensburg, indem aus mehreren nach Holstein übergesiedelten Abtheilungen des Commando's eine besondere Division errichtet, und mit deren Führung der jetzige Commandant von Rendsburg, frühere Commandant von Altona, Generalmajor du Plat, betraut worden ist. Schon diese Anordnung müßte den von den Dänen auf holfsteinischem Boden gegen die deutschen Reichstruppen beabsichtigten Widerstand auf das klarste nachweisen; doch es sind noch mehr Anhaltspunkte dafür vorhanden; der Kriegsminister sucht für das Geniewesen auf schleunigstem Wege Conducteure, die hiesige königliche Managie ist auf kriegsministeriellen Befehl geschlossen, und sind der Director und der Lehrer an derselben sofort in die verschiedenen Befestigungsanlagen hineingeführt worden; der König hat zahlreiche Ober-Intendanten, Intendanten und Intendanten-Gehehilfen ernannt, und neben dem großen Militär-Hospital auf dem augustenburgischen Schloß (Insel Affen) wird auch in Flensburg ein auf mindestens 400 Betten berechnetes Militär-Lazareth eingerichtet. — Der Justizminister Casse veröffentlicht für das eigentliche Königreich Dänemark zwei sehr wichtige Erlasse, welche beide die Bemanning der Dragoons zum Zwecke haben. Den Erlassen zufolge müssen sämtliche in dem Königreiche verweilende dänische Matrosen dem nächstwohnenden Musterungsbeamten sofort ihre Papiere, vor allen Dingen aber das Seemanns-Patent einhändigen, und sind sogar diejenigen, welche nur 18 Monate zur See fahren, also keineswegs fechtfähig wurden, von der Aufforderung des Kriegsministers nicht ausgenommen. — Die amtliche „Berlingske Tidende“ fährt heute eine Sprache, welche nur zu sehr den Krieg erwarten läßt. Dieselbe bemerkt nämlich rückblicklich des Execu-



